

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.
Bilkay Öney (SPD), baden-württembergische Integrationsministerin, gab heute, 31.01.12, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: **Integrationsgipfel im Kanzleramt**. Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Sabine Hackländer.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch
Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 31.01.2012

Baden-württembergische Integrationsministerin Öney sieht Defizite der Integrationspolitik vor allem in rechtlichen Fragen

Baden-Baden: Die baden-württembergische Integrationsministerin, Bilkay Öney (SPD) sieht die Defizite der aktuellen Integrationspolitik insbesondere in rechtlicher Hinsicht. Staatsbürger- und Asylrecht müssten reformiert werden. Außerdem werde oftmals nur auf die Defizite der Migranten, nicht aber auf die der Mehrheitsgesellschaft geschaut, sagte Öney im SÜDWESTRUNDFUNK (SWR). In Baden-Württemberg habe es unter der ehemaligen unionsgeführten Landesregierung jahrelang eine sehr restriktive Ausländerpolitik gegeben. Ermessensspielräume seien selten im Sinne der Migranten genutzt worden und zwar mit erheblichem Unterschied zu anderen Bundesländern. Diese Praxis gelte es nun zu ändern, so Öney.

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Hackländer: Beim Integrationsgipfel im Kanzleramt soll heute ein nationaler Aktionsplan vorgestellt werden. Mit konkreten Zielen unter anderem zum Erwerb der deutschen Sprache, für bessere Bildung und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt. Integration werde damit verbindlicher, heißt es aus der Bundesregierung, was Opposition und Verbände allerdings bestreiten. Wo genau hakt es denn Ihrer Meinung nach?

Öney: Na ja, wir sind in der Regel damit beschäftigt, die Defizite bei den Migranten aufzuzählen und sehen dabei unsere Defizite gar nicht, weil wie kommt es denn dazu, dass es große Unterschiede zwischen Migranten und deutschen Kindern gibt. Also, dass müssten wir ja auch mal aufdecken. Und dann gibt es natürlich auch Defizite auf der rechtlichen Seite, wenn es zum Beispiel Menschen gibt, die trotz langen Aufenthalts in Deutschland immer nur eine Duldung bekommen, oder wenn es Menschen gibt die Einbürgerungen nicht vollziehen können, weil der Doppelpass hier nicht erlaubt ist und, und, und. Das sind Sachen, da müssen wir uns fragen, wo sind eigentlich unsere Defizite. Insofern, ja ist das natürlich ein sehr einseitiger Blickwinkel.

Hackländer: Wie, auf welcher Art und Weise hätte das gemacht werden müssen?

Öney: Das sind Sachen, die in der politischen Diskussion eigentlich auch schon seit Jahren bekannt sind. Wir haben ja schon im Sommer eine Bundesratsinitiative eingebracht zur Streichung der Optionspflicht bei Kindern, die hier auf die Welt kommen mit der Geburt den deutschen Pass erwerben, sich dann aber mit 18 spätestens mit 23 Jahren für einen Pass entscheiden müssen. Das müssen EU-Bürger nicht und Kinder aus Bi-Nationalen-Ehen müssen das auch nicht. Insofern ist das eine Ungerechtigkeit, die eigentlich schon allen bekannt ist. Die anderen Verbesserungen im Bereich der Flüchtlingspolitik, das ist auch schon seit Jahren eigentlich immer Thema gewesen, das Asylbewerberleistungsgesetz, die Frage zur Unterbringung und, und, und. Auch da gibt es, glaube ich, Nachholbedarf. Insofern sind das, glaube ich, schon bekannte Positionen.

Hackländer: Ein neues Gesetz gibt es, das im April dieses Jahres in Kraft treten wird. Und für die bessere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sorgen soll. Wie wichtig ist dieses Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz für die Integrationspolitik?

Öney: Das ist sehr, sehr wichtig und wir unterstützen das auch und haben das auch im Bundesrat mitgetragen. Allerdings gibt die Bundesregierung oder dieser Entwurf gibt am Ende keine Antwort darüber, was passiert eigentlich mit denen, die nicht sofort eine Gleichwertigkeit bescheinigt bekommen. Da müsste es theoretisch oder auch praktisch eine Nachqualifizierung geben und auch eine verbindlichere Beratung. Die sieht das Bundesgesetz leider nicht vor. Da müssen die Länder ran, und wir haben das für Baden-Württemberg auch vor, und ich würde mir wünschen, dass dann die übrigen Länder auch Landesspielräume nutzen im Interesse der Betroffenen.

Hackländer: Trotz aller Defizite die Sie jetzt aufgelistet haben gibt es doch Fortschritte, die die Bundesbeauftragte für Integration Böhmer mit Hilfe einer Studie präsentiert hat. Erfolge bei der Sprachvermittlung, in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Wie bewerten Sie diese Fortschritte?

Öney: Ja, das sind natürlich Erfolge, die muss man auch anerkennen und auch Loben und wir freuen uns natürlich auch, wenn es Erfolge gibt. Das ist ein Zeichen dafür, dass die Integrationspolitik in den Ländern auch ernst genommen wird. Sie wissen, dass der Integrationsgipfel und auch der nationale Integrationsplan ein gemeinsames Werk des Bundes und der Länder ist. Insofern haben sich da alle viel Mühe gegeben, damit es Verbesserungen in allen Bereichen gibt, und dennoch gibt es Nachholbedarf. Das muss man eben auch sehen.

Hackländer: Wenn Sie jetzt Bilanz ziehen sollten, dieser fünf Integrationsgipfel, die es nun schon gegeben hat, eher eine durchmischte Bilanz und doch nicht so ganz Negativ wie das ja viele Verbände und Initiativen darstellen?

Öney: Ich finde, das sollte uns immer ein Ansporn sein im nächsten Jahr besser zu werden. Und wenn wir dann im nächsten Jahr sehr viel weniger Kritik haben und auch viel stärkere Verbesserungen in allen Bereichen, dann wäre, glaube ich, schon allen viel geholfen.

Hackländer: Sie kommen ja ursprünglich aus Berlin. Sind seit Mai letzten Jahres im Amt der baden-württembergische Integrationsministerin. Wo sehen Sie die größten Schwachpunkte Baden-Württembergs in der Integrationspolitik?

Öney: Oh, da gab es natürlich in den Ausführungsbestimmungen, im Ausländerrecht und bei dem Ermessensspielräumen, die eben nicht immer im Sinne der Migranten genutzt wurden, schon erhebliche Unterschiede zu anderen Ländern. Da war die Praxis sehr, sehr restriktiv. Auch die Praxis in der Flüchtlingspolitik war sehr abschreckend, insofern haben wir uns das auch auf die Agenda geschrieben und haben eben auch gleich den Gesprächsleitfaden zur Einbürgerung abgeschafft, den gab es hier nur in Baden-Württemberg, und der Gesprächsleitfaden enttarnte nicht etwa die Gefragten, sondern die Fragensteller. Insofern musste der Gesprächsleitfaden weg.

Hackländer: Das heißt, Migranten in Baden-Württemberg hatten es tendenziell schlechter als Migranten in Berlin?

Öney: Schlechter würde ich nicht sagen. Was den Arbeitsmarkt angeht haben sie es wahrscheinlich besser. Aber was die rechtliche Situation angeht, da gibt es hier großen Nachholbedarf, und das ist eine Baustelle an der wir gerade arbeiten. - Ende Wortlaut -